

Militär und Zivilgesellschaft in der arabischen Welt – wer kontrolliert wen?

Michael Frey (FINO)

Die Proteste breiter zivilgesellschaftlicher Allianzen im Sudan und in Algerien gegen die bestehenden sozialen und politischen Ordnungen haben trotz ihrer vielschichtigen Unterschiede mindestens einen gemeinsamen Nenner: Im Zentrum der Konflikte steht das Militär und dessen Monopolisierung politischer Entscheidungsprozesse und staatlicher Exekutivmacht. Weshalb sind in vielen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas die Waffenträger auch die Träger staatlicher Gewalt? Wird sich dies im Sudan und in Algerien bald ändern? Und was bedeutet das für die Schweiz?

Ein flüchtiger Blick zurück

In der postkolonialen Geschichte vieler arabischer Staaten spielt das Militär eine entscheidende Rolle. Besonders deutlich zeigt sich dies daran, dass militärische Einheiten ihren Interessen immer wieder durch Gewalt und die Beseitigung auch demokratisch gewählter Repräsentanten politisch zum Durchbruch verhelfen. In Nordafrika und dem Nahen Osten kam es deshalb seit den späten 1940er Jahren, besonders aber in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren immer wieder zu militärischen Umstürzen, die allerdings nicht immer erfolgreich waren und auf die oft Gegencoups folgten. Den Anfang machte Syrien, das allein im Jahr 1949, also kurz nach der Gründung Israels, drei Putschs erlebte – bis 1970 waren

es insgesamt deren 16, womit das Land diesbezüglich auch Spitzenreiter unter den arabischen Staaten ist. Im kleinen Nachbarland Libanon gab es hingegen nur zwei Putsche, die 1961 und 1976 stattfanden. Im Irak waren es zwischen 1958 und 1995 deren 11, im Jemen (Nord und Süd zusammen) zwischen 1955 und 1986 insgesamt 9. In Ägypten putschte das Militär 1952 und 1954, sowie 2013 gegen den im Zuge der Revolten 2011 demokratisch gewählten Muslimbruder Muḥammad Mursī. Im Sudan beseitigte jüngst im April 2019 das Militär ‘Umar al-Bašīr von der Herrschaft, zuvor nahm es 1958, 1969, 1985 und 1989 die

Macht an sich. Algerien wiederum erlebte jeweils 1965, 1967 und 1992 einen Putsch.¹ Dabei fällt auf, dass die republikanischen Staaten bisher deutlich anfälliger für solche Umstürze waren als monarchische, in denen Coups nur selten vorkamen. Spitzenreiter ist hier Qatar, das 1972, 1995 und 1996 einen Umsturz erlebte, während die meisten anderen Monarchien und besonders die Golfstaaten ganz davon verschont blieben.

Obschon der Aufstieg des Militärs zu einem innenpolitisch massgebenden Akteur ein übergreifendes Merkmal der postkolonialen Geschichte vieler Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas ist, so bilden die Streitkräfte in den verschiedenen Ländern doch immer auch sehr spezifische und lokale soziale Gegebenheiten und historische Entwicklungen in den einzelnen Gesellschaften ab.

In Syrien etwa bot das 1920 aus den französischen *Troupes Spéciales du Levant* hervorgegangene Militär seit der Unabhängigkeit besonders der aus ländlichen Milieus stammenden konfessionellen Minderheit der Alawiten einen Ausweg aus der Armut und die Chance für den sozialen Aufstieg – so auch dem Luftwaffenoffizier Ḥāfiẓ al-Asad. Als Mitglied des Militärkomitees hat er 1963 die Ba‘ṭ-Partei an die Macht zu putschen mitgeholfen, danach waltete er als Verteidigungsminister und riss 1970 bei einem weiteren Coup die Macht ganz an sich. Die syrischen Streitkräfte standen damit im Zentrum jenes sozialen Wandels in Syrien, der in den 1960er Jahren zur Entmachtung des mehrheitlich sunnitischen Bürgertums führte und eine mehrheitlich alawitische Elite an die Macht brachte, welche mithilfe des Militärs und durch die Ba‘ṭ-Partei die staatliche Herrschaftsgewalt vollkommen monopolisierte. Auch die Geschichte der libanesischen

Armee, die ebenfalls aus den französischen *Troupes Spéciales* entstand, blieb von den konfessionellen Eigenheiten des Landes nicht unberührt. Sie führten hier jedoch dazu, dass das Militär nie zu einem zentralen Machtfaktor wurde, sondern die Armee höchstens symbolisch für eine überkonfessionelle staatliche Einheit steht, die politisch und sozial nur sehr bedingt Realität ist. Sowohl in innen- als auch aussenpolitischen Konfliktfragen nimmt die libanesischen Armee deshalb meist einen neutralen Standpunkt ein, um das konfessionelle Gleichgewicht auch innerhalb der Streitkräfte nicht zu gefährden. In Ägypten wiederum begann sich seit den 1950er Jahren ein Imaginaire herauszubilden, das die Geschichte des Heroismus der ägyptischen Armee bis zum Gründer des modernen Ägyptens zurückführte. Der aus Mazedonien stammende Polizeioffizier Mehmed Ali entmachtete die mamlukischen Beis und reformierte die Staats- und Wirtschaftsordnung, was es ihm – zusammen mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht – ermöglichte, mit der Unterstützung der Franzosen eine schlagkräftige Armee aufzubauen, die im Vorderen Orient ihresgleichen suchte und die auch zwei Mal gegen den Sultan zu Felde zog. Aus dem Imaginaire dieses Heroismus, das noch wesentlich durch die Revolte des Offiziers Aḥmad ‘Urabi 1882 gegen die britische Besatzung angereichert wurde, schöpfen scheinbar heute noch die Generäle um ‘Abdalfattāḥ as-Sīsī. Die algerische Armee hingegen bezog in ihren Anfängen – wie einige andere arabische Armeen ebenso – viel symbolisches Kapital aus ihren Ursprüngen im antikolonialen Kampf. Seit der Unabhängigkeit, die Algerien 1962 erlangt hatte, verkörpert die Armee deshalb im Wesentlichen die Idee der modernen algerischen Nation und bestimmt zwar selten transparent

¹ Florence Gaub, „Arab armies: agents of change? Before and after 2011,“ ISS (Institute for Security Studies, European Union): Chaillot paper Nr. 131, März 2014, 9; El-Battahani Atta, "Civil-Military Relations in Sudan. Negotiating Political Transition in a Turbulent Economy," in *Businessmen in Arms: How the Military and Other Groups Profit in the Mena Region*, ed. Zeinab Abul-Magd and Elke Grewert (Lanham: Rowman and Littlefield, 2016), 135.

und offen, in letzter Instanz jedoch unübersehbar die politischen Prozesse. Hinzu kam später die Konfrontation mit den Islamisten, die 1990 und 1991 die Wahlen gewannen und die deshalb durch die Armee annulliert wurden. Der «Bürgerkrieg», der danach ausbrach, dauerte bis 2002, doch stärkte er das Image der Armee als die zentrale staatstragende Institution und Hüterin der algerischen Verfassung und einer säkularen Staatsordnung. Im Sudan hingegen, der 1956 die Unabhängigkeit erlangt hatte, waren es islamistische Offiziere die 1989 die Macht übernahmen und durch die Nationale Islamische Front regierten, aus der später die Nationale Kongresspartei (NCP) hervorging, der auch der kürzlich gestürzte 'Umar al-Bašīr angehörte. In den Jahren nach der Unabhängigkeit, als die Offiziersränge, die zuvor Briten und Ägypter innehatten, durch Sudanesen besetzt wurden, schien es noch, als würde die Armee im Sudan zu einem politisch neutralen und einenden Faktor in einem Land werden können, das bis 1821, als es von Ägypten besetzt worden war, noch aus vielen kleinen Staaten bestand, die sich bekriegten. Auch bot das Militär Bauern, Arbeitern und der unteren Mittelklasse Aufstiegschancen bis in die Offiziersränge und half so dabei mit, das staatstragende Bürgertum zu vergrössern. Doch begann sich besonders seit den 1960er Jahren im Windschatten der Revolution der Freien Offiziere in Ägypten 1952 das Militär auch im Sudan stärker in die Politik einzumischen und zum entscheidenden politischen Faktor zu werden.

Militär und Modernisierung

Dass die Streitkräfte in fast allen republikanischen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas der postkolonialen Ära eine politisch derart wichtige Rolle zu spielen beginnen konnten, ist im Wesentlichen dem Umstand geschuldet, dass das Militär in den 1950er und 1960er

Jahren sowohl in diesen Staaten selbst als auch ausserhalb als wichtiger Träger der Modernisierung und Architekt moderner Staatlichkeit gesehen wurde. Das Militär wurde als Institution betrachtet, die gesellschaftliche Ressourcen zu mobilisieren und disziplinieren vermag, als Modernisierungsagentur, die den technischen Fortschritt und die Innovation vorantreibt und eine staatstragende bürgerliche Schicht zu schaffen hilft. Zudem sollte das Militär partikulare Identitäten in einer neuen, nationalen politischen und sozialen Vorstellungswelt einen – eine Hoffnung, die besonders wegen der Rolle bewaffneter Kräfte im Kampf gegen die Kolonialmächte nicht unberechtigt war. Dieser Glaube an die modernisierende und reformierende Kraft des Militärs verlieh den Eingriffen der Streitkräfte in die Politik ungeachtet der Frage, ob sie mit rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien vereinbar seien, grosse Legitimität – sowohl bei der lokalen Bevölkerung als auch bei westlichen Politikern und Beobachtern. Der Glaube an die Modernisierungsrolle des Militärs wurde bei Letzteren noch dadurch bestärkt, dass die Modernisierungstheorien, die ebenfalls in den 1950er und 1960er Jahren gross in Mode kamen, vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte dem Militär allgemein eine wichtige Rolle bei der Entstehung moderner Staaten zuschrieben.² Die Eingriffe des Militärs in die Politik nahöstlicher und nordafrikanischer Staaten wurde als Teil eines Geschichtsprozesses gedeutet, der unweigerlich in Richtung einer globalen Moderne fortschreitet. Kam hinzu, dass die Armee oft als Garant einer «gerechten Ordnung» galt, und da damals Freiheit nur auf der Grundlage von Gerechtigkeit denkbar schien, konnte das Militär seine Machtposition halten, selbst wenn es die Freiheitsrechte unterdrückte oder ganz aussetzte. Es durfte Willkür herrschen, solange

² Vgl. hierzu auch die Korrelation der Begriffe «Modernisierung» und «Militär» im DWDS-Zeitungskorpus am Ende dieses Memos.

sie im Namen der ideologisch wie auch immer bestimmten Gerechtigkeit vollzogen wurde.

Dass das Militär die Hoffnungen in seine Rolle als Modernisierungsagentur in den arabischen Staaten nicht erfüllen konnte, zeichnete sich allerdings bereits in den 1970er Jahren ab. Ein wesentlicher Grund für das Scheitern lag darin, dass die Militärs die Modernisierung nicht durch die Mobilisierung lokaler gesellschaftlicher Ressourcen vorantrieben, sondern primär durch ausländische Militärhilfe oder durch Renten aus unproduktiven Ölgeschäften finanzierten, die nur wenig eigene Innovation bedingten. Der vom Militär getragene staatliche Apparat und die Gesellschaft entwickelten sich deshalb nicht gleichsam, sondern disproportional auseinander. Es entstanden korrupte Eliten aus Vertretern der Streitkräfte, der Regierung und dem Wirtschaftssektor, welche Ressourcen zwar nach unten verteilten, die jedoch kein Interesse an einer Ausweitung politischer Partizipationsrechte oder an tiefergreifenden wirtschaftlichen Reformen hatten, welche für eine nachhaltige Modernisierung zentral gewesen wären. Zudem wurden keine stabilen sozialen Strukturen geschaffen, welche jenseits der althergebrachten Solidaritätsnetzwerke eine gerechte Verteilung der Ressourcen ermöglicht hätten. Die Streitkräfte waren somit unter dem Strich nicht die erhoffte Avantgarde der Moderne, sondern standen wichtigen gesellschaftlichen und politischen Reformen im Weg und verunmöglichten sie. Auch begann damit das Handeln des Militärs immer deutlicher mit den Gerechtigkeitsprinzipien in Konflikt zu geraten, für welche die Streitkräfte zu Beginn der postkolonialen Ära noch standen.

Das Scheitern militärischer Modernisierungsbemühungen zeigte sich früh auch darin, dass arabische Streitkräfte in ihren Kernaufgaben

versagten. Dies wurde bereits in der Niederlage der grossen Armeen von Ägypten, Syrien und Jordanien im Sechstagekrieg 1967 sowie im Oktober-Krieg 1973 gegen Israel überdeutlich. Dass im Zuge der arabischen Revolten 2011 die Armeen Syriens, Libyens, Jemens und des Irak nahezu kollabierten, mag deshalb kaum zu überraschen. Selbst die ägyptische, die in der wissenschaftlichen Literatur als die modernste arabische Armee gehandelt wird, da sie europäischen Idealen am nächsten kommt, kann trotz ihrer amerikanischen Waffensysteme nicht über ihre Schwächen hinwegtäuschen. Diese Schwächen zeigen sich besonders im erfolglosen Kampf der ägyptischen Armee gegen die ultraislamischen Kampfverbände wie jene des IS auf der Sinai-Halbinsel.

Trotz des augenscheinlichen Versagens hat sich das positive Image der Armeen in vielen Staaten der arabischen Welt erstaunlich gut halten können. Allerdings hat sich das Image verändert: Heute gilt die Armee weniger als Garant einer erfolgreichen Modernisierung und von Gerechtigkeit, sondern als symbolisch hoch aufgeladener Krisenmanager. Laut dem *Arab Opinion Index* des *Arab Center for Research and Policy Studies* gaben 68% der Befragten an, ein «High degree of confidence» in die Armee zu haben, 22% waren immerhin noch «[c]onfident to some degree». Keiner Institution wird in arabischen Staaten mehr vertraut – in die Regierung hatten nur 22% der Befragten ein grosses Vertrauen, 33% vertrauten ihr immerhin noch «to some degree». ³ Zum Vergleich: Damit genossen die Armeen in den arabischen Staaten ähnlich hohe Zustimmungsraten wie die Streitkräfte in den USA (74%), wo die Armee ebenfalls als die am meisten vertrauenswürdige Institution

³ Vgl. Arab Center for Research & Policy Studies, "The 2017-2018 Arab Opinion Index: Main Results in Brief," <http://arabcenterdc.org/wp-content/uploads/2018/07/Arab-Opinion-Index-2017-2018-1.pdf>.

eingestuft wird;⁴ in der Schweiz hingegen kommt sie erst an siebter Stelle der vertrauenswürdigen Institutionen.⁵ In der arabischen Welt ist zudem zu beobachten, wie auch in den monarchischen Staaten die Armeen zunehmend eine wichtige Rolle zu spielen beginnen. Zwar galten hier im Unterschied zu den Republiken nicht die Armeen, sondern eher die Monarchen und Herrscherhäuser als Avantgarde der Moderne, doch scheint sich auch in den Monarchien in Hinblick auf die Rolle des Militärs eine gewisse Annäherung an die Verhältnisse in republikanischen Staaten abzuzeichnen. Seit den Revolten 2011 haben Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Saudi-Arabien oder Katar nicht nur massiv aufgerüstet, sondern (so Kuwait, die VAE und Katar) auch die Wehpflicht eingeführt. Begründet wird diese Ausweitung vorwiegend mit dem Hinweis auf geopolitische Gefahren wie ein mit Nuklearwaffen ausgestatteter Iran. Besonders Saudi-Arabien und die VAE machen zudem auch vermehrt ausenpolitische Machtansprüche geltend und setzen wie im Jemen oder in Libyen ihre Armeen zu deren Durchsetzung ein. Die Vergrößerung und Aufrüstung der Armeen werden jedoch auch innenpolitisch nicht ohne Folgen bleiben. Wenn Offiziere auch in den Monarchien vermehrt in politische Entscheidungsprozesse integriert werden, werden sie unweigerlich auch in innerfamiliäre Konflikte involviert und damit zum Spielball unterschiedlicher Fraktionen werden. Die Streitkräfte drohen damit jene Neutralität gegen-

über dem Regime zu verlieren, die eine moderne, professionelle Armee als Schutzmacht des Staates, nicht bestimmter Regierungsvertreter oder Regimes, ausmacht. Zudem werden auch die Armeen am Golf durch Ölgelder finanziert, die den Zukauf von Waffen, Knowhow und Söldnern ermöglichen, ohne lokale Ressourcen aufbauen und entwickeln zu müssen. Auch hier bleibt daher die gesellschaftliche und politische Modernisierung hinter der militärischen zurück.

Und im Sudan und in Algerien?

Besonders im Sudan, aber auch in Algerien stellen nun breite zivilgesellschaftliche Allianzen diese in arabischen Staaten häufig anzutreffende Machtposition des Militärs in Frage. Ob es in den beiden Staaten der Zivilgesellschaft gelingt, langfristig die Kontrolle über die Militärs zu gewinnen, muss sich erst noch zeigen.

Im Sudan konnte die Alliance for Freedom and Change (AFC), eine lose Vereinigung von rund zwei Duzend oppositionellen Organisationen, zwar einen wichtigen Etappensieg auf dem Weg zur Entmachtung des Militärs feiern. Nachdem die Proteste der AFC die Armee dazu veranlassten, den langjährigen Machthaber 'Umar al-Bašīr zu stürzen, willigte der Militärrat in die Bildung einer Übergangsregierung, bestehend aus zivilen und Vertretern des Militärs, ein. Diese Regierung soll während der nächsten drei Jahre den Übergang in eine zivile staatliche Ordnung vorbereiten. Ein

⁴ Lydia Saad, "Military, Small Business, Police Still Stir Most Confidence," Gallup, 28.06.2018, <https://news.gallup.com/poll/236243/military-small-business-police-stir-confidence.aspx>. Auch in Frankreich vertrauen 74% der Bevölkerung der Armee, gleich viele wie der Polizei. Nur den Krankenhäusern und den KMU vertrauen dort mehr Leute. Vgl. Jean-Dominique Merchet, "Trois Français sur quatre ont confiance dans l'armée," L'Opinion, 11.01.2019, <https://www.lopinion.fr/blog/secret-defense/trois-francais-quatre-ont-confiance-dans-l-armee-174316>. Ebenfalls in Frankreich sprachen sich 50% der Befragten dafür aus, dass bei weiteren Anschlägen zumindest temporär ein Militärangehöriger die Geschicke des Staates lenken sollte. Vgl. Thomas Mahler, "En cas de nouveaux attentats, un Français sur deux serait favorable à un militaire à la tête du pays," Le Point, 28.03.2019, https://www.lepoint.fr/societe/exclusif-en-cas-de-nouveaux-attentats-un-francais-sur-deux-serait-favorable-a-un-militaire-a-la-tete-du-pays-27-03-2019-2304025_23.php.

⁵ Nach Polizei, Wissenschaft, den Gerichten allgemein, dem Bundesrat, der Schweizer Wirtschaft und dem Parlament, aber noch vor den Medien und den politischen Parteien. Vgl. Andreas Wenger and Tibor Szvircsev Tresch, *Sicherheit 2019: Aussen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik Meinungsbildung im Trend* (Zürich: Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, 2019).

Blick in die Geschichte des Sudans stimmt jedoch eher pessimistisch, was die Erfolgsaussichten dieses Transitionsprozesses betrifft. Denn das Militär hat sich im Sudan bereits mehrere Male auf die Seite von Protestbewegungen gestellt, um so die eigene Macht zu erhalten. Ob der vorläufige Vertrag zwischen Zivilbevölkerung und Militär in der Übergangsregierung dieses Mal längerfristig Bestand hat und tatsächlich zu einer Rückkehr der Armee in die Kasernen führt, wird im Wesentlichen davon abhängen, ob dem Militär ein Grund geboten wird, die Exekutivmacht wieder vollständig an sich zu reißen. Konkret heisst dies vor allem, dass der Pakt nur dann halten wird, wenn es der Regierung gelingt, die Rebellen in Darfur, am Blauen Nil oder in Süd-Kordofan in einen Friedensprozess mit der Regierung in Khartum zu integrieren, einen Friedensprozess, der die Rebellen dazu bringt, den bewaffneten Kampf aufzugeben. In diese Richtung gingen denn auch die allerersten Bemühungen des neuen Ministerpräsidenten ‘Abdallāh Hamdōq (Ḥamdōq), dessen Regierung einen Bruch mit der Politik der Regierung al-Bašīrs gegenüber den Rebellen ins Zentrum des politischen Neuanfangs stellt. Die sudanesishe Aussenministerin Asmā’ ‘Abdallāh machte gegenüber dem arabischen Programm der BBC gar geltend, die Rebellenorganisationen seien nun Teil der AFC. Ob es der Übergangsregierung und dort vor allem den Generälen gelingen wird, bei den Rebellen Vertrauen aufzubauen, ist allerdings fragwürdig. Über vonseiten des Militärs begangene Verbrechen werden die Rebellen nicht hinwegsehen können. Würden sie aufgearbeitet, würde das die Legitimität der Generäle in der Regierung allerdings nachhaltig in Frage stellen. Personifiziert wird dieses Problem durch Muḥammad Ḥamdān Daqlū alias Humaydati/Hemeti, der als Janjawid-Kommandant gegen die Rebellen in Darfur gekämpft hatte und nun als General der sudanesischen Armee die mächtigste Figur innerhalb der Übergangsregierung ist. Des Weiteren

bleibt die Frage offen, ob die AFC – mit oder ohne die Rebellenorganisationen – halten wird und damit dem Militär als geeinte Stimme gegenüber treten kann. Nur wenn der Dialog innerhalb der AFC funktioniert und man sich auf breit abgestützte einheitliche Positionen einigen kann, wird auch der Dialog mit der Armee und ihren Vertretern innerhalb der Übergangsregierung gelingen und die Regierung als solche auch in der Zivilgesellschaft ihre Legitimität behalten.

Weniger Grund zur Hoffnung scheint es in Algerien zu geben, wo die Protestbewegung bisher nicht annähernd das erreicht hat, was die AFC im Sudan an Erfolgen verbuchen konnte. Dies mag daran liegen, dass in Algerien die Rolle des Militärs stärker in die postkoloniale Geschichte und damit in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen eingepreßt ist als dies im Sudan der Fall war. Zudem scheint es innerhalb der Protestbewegung von Anfang an keinen Konsens darüber gegeben zu haben, ob das Militär als politischer Machtfaktor ganz beseitigt werden sollte oder aber die Armee als Hüterin der Verfassung Komplizin der Protestbewegung sei und mithelfen sollte, eine korrupte politische und wirtschaftliche Elite, welche die Algerier als *le pouvoir* bezeichnen, zu beseitigen. Im Moment stockt der Übergang in eine neue politische Ära nach der zwanzigjährigen Herrschaft Abdalaziz Bouteflikas in Algerien daran, dass sich Protestierende und Armee weder auf den Modus noch auf den Zeitpunkt von Neuwahlen einigen können. Das bisherige Verhalten der algerischen Generäle deutet allerdings darauf hin, dass auch wenn Wahlen stattfinden werden, das Militär wie schon in der Vergangenheit einem ihm genehmen Kandidaten zum Sieg verhelfen und seine eigene Macht behaupten wird.

Und was bedeutet das für die Schweiz?

Armeen haben in der postkolonialen Geschichte republikanischer Staaten im Nahen

Osten und in Nordafrika eine wichtige Rolle als Modernisierungsagenturen gespielt und dabei wesentlich dazu beigetragen, totalitäre Regimes zu schaffen und zu stützen oder selbst zu solchen Regimes zu werden. Dies war besonders deshalb möglich, weil ihr Machtzuwachs von der Annahme getragen wurde, das Militär könne einer ganzen Gesellschaft Modernität und Gerechtigkeit bringen. Diese Hoffnung hat sich allerdings nicht erfüllt: Das Militär hat sich die Zivilgesellschaft angeeignet, anstatt umgekehrt die Voraussetzungen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft mit zu schaffen, einer Zivilgesellschaft, die durch demokratische und rechtstaatliche Prozesse das Militär in seinen institutionellen Grenzen hält. Das Resultat dieses Scheiterns zeigt sich heute am verheerendsten in Syrien, wo das Militär einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt. Dieser Krieg begann, als in Syrien 2011 sehr unterschiedliche gesellschaftliche Akteure ihre Emanzipation gegenüber dem Militär einzufordern begannen und dabei den Grundstein für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Institutionen legten. Aber schon 2012/3 waren diese Ansätze von der Armee zerschlagen worden.

Das militärische Knowhow der Schweiz stellt im Kontext dieser Emanzipationsprozesse für arabische Staaten und ihre Armeen eine wichtige potenzielle Ressource dar – jedoch weniger in technischer als vielmehr in soziologischer und politischer Hinsicht. Denn es gibt nur wenige Staaten, in denen das Militär ähnlich tief in der Zivilgesellschaft verankert ist wie in der Schweiz, die aber trotzdem nicht als «militarisiert» gilt. Die Schweiz kann ihre Erfahrung mit einer sehr eigenwilligen, auch

dem Milizsystem geschuldeten Definition des Verhältnisses von Zivilgesellschaft und Militär dazu nutzen, einen Transitionsprozess anzustossen, der das Militär in der arabischen Welt in einem neuen Pakt an die Zivilgesellschaft zurückbindet. Zugleich müsste das Militär seiner Rolle als Nachtwächter der Gesellschaft entwöhnt werden und darauf verzichten, in Krisenmomenten den Krieg gegen die eigene Gesellschaft zu führen. Die Schweiz könnte den Zivilgesellschaften dieser Staaten dabei helfen, sich die Armee anzueignen.

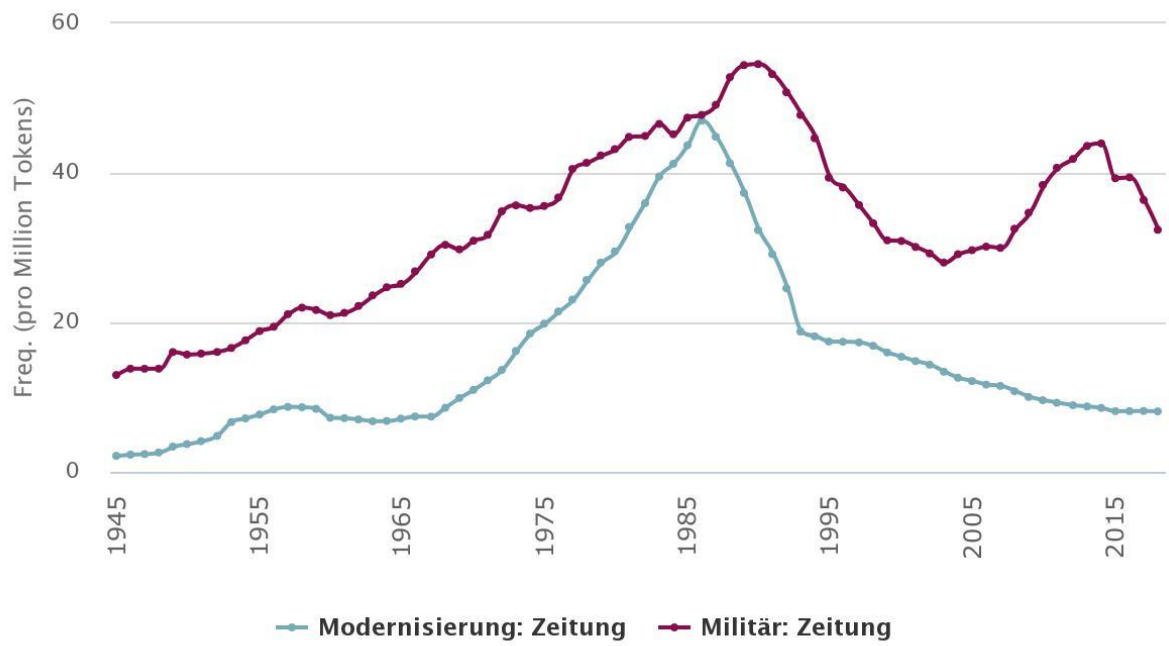
Voraussetzung für ein Anstossen solcher Prozesse wäre, dass das Militär in den einzelnen Staaten über rein sicherheitspolitische und geostrategische Aspekte hinaus in den Blick genommen wird – so auch von der Wissenschaft –, um es in seinen komplexen sozialen Verflechtungen mit lokalen gesellschaftlichen Gegebenheiten verstehen zu können. Repräsentanten arabischer Armeen würden dann nicht mehr ausschliesslich als solche, sondern «entmilitarisiert» auch unter Berücksichtigung ihres genauen sozialen Ortes innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges angesprochen. Dies würde besonders Ansätzen der *soft diplomacy* neue Möglichkeiten eröffnen, dabei mitzuwirken, die zivilgesellschaftliche und demokratische Kontrolle über das Militär zu stärken oder überhaupt erst zu bewerkstelligen. Waffenverkäufe an diese Staaten laufen solchen Transitionsprozessen hingegen klar zuwider. Sie stützen jene Strukturen, die – meist unter dem Vorwand der «Terrorbekämpfung» – jegliche Bemühung um zivilgesellschaftliche Emanzipation verhindern. Dies zeigt sich momentan besonders in den Golfstaaten, an die auch die Schweiz Waffen liefert.⁶

⁶ Im Jahr 2018 exportierte die Schweiz Waffen im Wert von knapp 10 Mio. CHF an die Emirate, 2,2 Mio. CHF an Saudi-Arabien. Vgl. Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), "Ausfuhr von Kriegsmaterial im Jahr 2018," 26.02.2019, <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/55802.pdf>.

Korrelation der Begriffe «Modernisierung» und «Militär» im DWDS-Textkorpus:

Modernisierung · Militär – Verlaufskurve

Basis: DWDS-Zeitungskorpus (ab 1945)



Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt in % (Quelle: Weltbank):

Country	Most Recent Year	Most Recent Value	
Libya	2014	15.5	
Saudi Arabia	2018	8.8	
Oman	2018	8.2	
United Arab Emirates	2014	5.6	
Algeria	2018	5.3	
Kuwait	2018	5.1	
Lebanon	2018	5.0	
Israel	2018	4.3	
Syrian Arab Republic	2010	4.1	
Yemen, Rep.	2014	4.0	
Russian Federation	2018	3.9	
Bahrain	2018	3.6	
United States	2018	3.2	
Morocco	2018	3.1	
Iraq	2018	2.7	
Iran, Islamic Rep.	2018	2.7	
Turkey	2018	2.5	
Sudan	2018	2.3	
Tunisia	2018	2.1	
Qatar	2010	1.5	
Egypt, Arab Rep.	2018	1.2	
Switzerland	2018	0.7	
European Union	2018	1.5	

- Arab Center for Research & Policy Studies. "The 2017-2018 Arab Opinion Intex: Main Results in Brief." <http://arabcenterdc.org/wp-content/uploads/2018/07/Arab-Opinion-Index-2017-2018-1.pdf>. Zuletzt eingesehen: 06.09.2019.
- Atta, El-Battahani. "Civil-Military Relations in Sudan. Negotiating Political Transition in a Turbulent Economy." In *Businessmen in Arms: How the Military and Other Groups Profit in the Mena Region*, edited by Zeinab Abul-Magd and Elke Grewert, 135-156. Lanham: Rowman and Littlefield, 2016.
- Gaub, Florence. „Arab armies: agents of change? Before and after 2011,“ ISS (Institute for Security Studies, European Union): Chaillot paper Nr. 131, März 2014.
- Mahler, Thomas. "En cas de nouveaux attentats, un Français sur deux serait favorable à un militaire à la tête du pays." *Le Point*, 28.03.2019, https://www.lepoint.fr/societe/exclusif-en-cas-de-nouveaux-attentats-un-francais-sur-deux-serait-favorable-a-un-militaire-a-la-tete-du-pays-27-03-2019-2304025_23.php. Zuletzt eingesehen:
- Merchet, Jean-Dominique. "Trois Français sur quatre ont confiance dans l'armée." *L'Opinion*, 11.01.2019, <https://www.lopinion.fr/blog/secret-defense/trois-francais-quatere-ont-confiance-dans-l-armee-174316>. Zuletzt eingesehen:
- Saad, Lydia. "Military, Small Business, Police Still Stir Most Confidence." *Gallup*, 28.06.2018, <https://news.gallup.com/poll/236243/military-small-business-police-stir-confidence.aspx>. Zuletzt eingesehen:
- Staatssekretariat für Wirtschaft (seco). "Ausfuhr von Kriegsmaterial im Jahr 2018." 26.02.2019, <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/55802.pdf>. Zuletzt eingesehen:
- Wenger, Andreas, and Tibor Szvircsev Tresch. *Sicherheit 2019: Aussen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik Meinungsbildung im Trend*. Zürich: Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, 2019.